

# Stärkung bürgerschaftlichen Engagements als Aufgabe des kommunalen Präventionsmanagements

## Astrid Fuhrmann

*In Deutschland gilt die Bürgerbeteiligung in der kommunalen Kriminalprävention seit Mitte der 1990er-Jahre als ein wesentlicher Faktor für erfolgreiches kriminalpräventives Handeln. In Bezug auf die praktische Umsetzung zeigen Erhebungen und Untersuchungen jedoch noch überwiegend auf, dass die Beteiligung der Bevölkerung bisher nicht in dem erwünschten Ausmaß zum Tragen kommt. Im Beitrag werden Überlegungen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung erörtert.*

### Bürgerengagement in der Bürgergesellschaft

So wie auch die kommunale Kriminalprävention nicht von Beginn an als ein einheitliches Konzept verstanden worden ist, so gibt es eine Vielzahl von Vorstellungen zu Anspruch und Form von „Bürgerbeteiligung“. Dem Begriff selbst liegt indes kein einheitliches Verständnis zugrunde. So werden „zivilgesellschaftliches Handeln“, „Partizipation“ oder „bürgerschaftliches Engagement“ zum Teil synonym gebraucht. Zielvorstellungen weichen je nach Politikfeld und Erfahrungen teilweise weit voneinander ab.

Beispielhaft dafür möge das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) initiierte Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ mit seinem sozialpolitischen Ansatz stehen, der neben fachübergreifender Kooperation auf die Integration von Akteuren außerhalb von Verwaltung und Politik setzt und vor allem die Betroffenen in den förderungswürdigen Stadtquartieren in die Lage versetzen will, den dort angestoßenen Veränderungsprozess aus eigenen Kräften mitzubestimmen und mitzugestalten.

Daneben strebt der Deutsche Bundestag in seiner Beschlussempfehlung zur „Zukunft der Freiwilligendienste“<sup>1</sup> den freiwilligen Einsatz des Bürgers in

einer gemeinwohlorientierten Organisation oder Institution mit breiter Ausrichtung in verschiedenste gesellschaftliche Bereiche an, wenn er formuliert, „Freiwilliges Engagement unter Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger trägt wesentlich zur Etablierung einer zukunftsfähigen Gesellschaft bei.“

Nicht zuletzt öffnet die Bundesregierung im Rahmen ihres Sicherheitsforschungsprogramms mit Fördermaßnahmen zum Themenfeld „Urbane Sicherheit“ den Blick für Unsicherheiten/Ungewissheiten bei kritischen Infrastrukturen mit deren hochgradiger Vulnerabilität und startet den Versuch, den Bürger auf dem Weg in eine Risikokultur mitzunehmen, ihn zum Umgang mit komplexen Risiken zu befähigen und mit in die Verantwortung zu nehmen.

Aktive Bürgerbeteiligung im Politikfeld „Innere Sicherheit“ ist darauf ausgerichtet, einen Beitrag zum Erfolg von Kriminalprävention zu leisten. Der Anspruch darauf erwächst aus dem politischen Ansatz der Bürgergesellschaft<sup>2</sup> und setzt auf „die Merkmale bürgerliche Selbstorganisation (u. a. durch freiwilliges Engagement und Zivilcourage – Anm. Verfasserin), Konfliktlösungspotenzial und informelle soziale Kontrolle“ als gesellschaftsförderliche Faktoren. Er ergänzt den Anspruch an Politik, Verwaltung und Polizei auf Gewährleistung staatlich organisierten Gemeinwesens und öffentlicher Sicherheit. Daher sind staat-

liche Stellen in der Pflicht, dem Bürger, auf dessen Engagement sie hoffen, verständlich und überzeugend die Motive für das Einwerben von Bürgerbeteiligung darzulegen und glaubhaft zu vermitteln, dass nicht Ressourcenknappheit und die Absicht auf Abwälzung staatlicher Aufgaben handlungsleitend sind.

### Forschung zu Bürgerbeteiligung in der Kriminalprävention

Im Rahmen einer Untersuchung zu den Formen von Bürgerbeteiligung in der kommunalen Kriminalprävention hat Jens Wurtzbacher<sup>3</sup> „als die beiden grundsätzlichen Formen bürgerschaftlichen Engagements für Sicherheit die sogenannten Bürgerwachen, orientiert am Neighborhood-Watch-Modell, und kriminalpräventive Gremien“ herausgearbeitet.

Verena Schreiber<sup>4</sup> findet in einer quantitativen Untersuchung lokaler Präventionsgremien in Deutschland Belege für ihre Schlussfolgerung: „Die Relevanz der Bürgerbeteiligung scheint im Gründungsverständnis nicht ausreichend verankert. Vielmehr gewinnt das Anliegen erst während der Gremienarbeit Relevanz. Die bestehenden Strukturen innerhalb der Zusammenschlüsse lassen dann aber kaum noch Raum für eine gleichwertige Teilnahme von Bürgern/-innen. Die Einbindung der Bürger/-innen fällt zusammenfassend weit hinter die eigenen Ansprüche zurück“.

Als weitere Schwachstelle in der von ihr untersuchten kriminalpräventiven Gremienarbeit filtert sie ein von den Gremien rückgemeldetes inhaltliches Plausibilitätsdilemma heraus, dass sich aus der „Widersprüchlichkeit der Zentrierung auf Kinder- und Jugendprävention einerseits und den Daten aus der Kriminalstatistik andererseits“<sup>5</sup> ergibt. „Während die überwiegende Mehrzahl der Projekte auf diese Ziel-

gruppe ausgerichtet ist, nennen nur etwa 14% der Gremien Kinder- und Jugendkriminalität auf lokaler Ebene als Grund für ihre Einrichtung.“ Frau Schreiber regt daher an, „die Dominanz jugendzentrierter Projekte in der kriminalpräventiven Praxis kritisch zu hinterfragen.“ Es darf davon ausgegangen werden, dass erfolgreiches Einwerben von Unterstützung davon abhängig ist, dass die Sinnhaftigkeit des Engagements grundsätzlich nicht in Zweifel zu ziehen ist.

Das auf die inhaltliche Ausrichtung kommunaler kriminalpräventiver Gremien bezogene Plausibilitätsdilemma regt zu der Frage an, wie dort thematische Präferenzen entstehen. Hier kann Nils Voelzke<sup>6</sup> durch Netzwerkanalyse zeigen, „dass es sich innerhalb der kriminalpräventiven Gremien bei den Mitgliedern in den Entscheidungsprozessen nicht um vollkommen gleichberechtigte Mitglieder handelt, dass im Gegenteil Machtasymmetrien auftreten, die in vielen Fällen die öffentlichen Akteure Polizei und Stadt hervorheben, besonders stark im Bereich „Jugendliche als Täter und Opfer“, schwächer im Bereich „Drogen und Sucht“. Sie sind in allen lokalen Sicherheitskooperationen zu finden.“

Die Zivilakteursdichte liegt nach Voelzke im Handlungsfeld „Jugendliche als Täter und Opfer“ durchschnittlich unter 10%, im Handlungsfeld „Drogen und Sucht“ zwischen 23 und 43% und erreicht Spitzenergebnisse zwischen 49 und 71% Beteiligung bei Kooperationen im Bereich häuslicher Gewalt.“

Aus seiner Ressourcenanalyse leitet er nutzenorientiert ab: „Besonders die Zivilakteure vermögen immaterielle weiche Ressourcen in die Sicherheitskooperationen einzubringen, nämlich hauptsächlich Zielgruppenzugang, Fachwissen und Informationen.“ Zum Umgang mit den in den Gremien festgestellten „Machtasymmetrien“ empfiehlt er, „die sogenannten schwachen Akteure als solche zwar zu identifizieren, ihnen aber ihren besonderen Beitrag bewusst zu machen und diesen zu würdigen. Gleichzeitig muss den starken Akteuren ihre besondere Verantwortung für das Gelingen der Kooperation deutlich werden.“

## Die Frage nach Organisationsgrad und -form bürgerschaftlichen Engagements

Zu fragen ist weiter nach Organisationsgrad und -form bürgerschaft-

lichen Engagements in den kriminalpräventiven Gremien. Dazu findet Verena Schreiber<sup>7</sup> in ihrer quantitativen Untersuchung über die Einbindung des „funktionslosen Bürgers“: „Die Partizipation von Bürgern ohne Institutionalisierung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, ist nur ansatzweise gelungen, allenfalls örtlich und zeitlich begrenzt.“

Henning van den Brink und Dr. Bernhard Frevel<sup>8</sup> kommen nach qualitativer Analyse von Interviews mit Präventionspraktikern zu dem Ergebnis, dass jene sich grundsätzlich zwar für Bürgerbeteiligung aussprechen, tatsächlich aber Zweifel an der Fachkompetenz des Bürgers hegen und an seiner Kenntnis über die Prozesse des Verwaltungshandelns. Wolle man indes bürgerschaftliches Engagement steigern, so sei nach Überzeugung der Praktiker intensivere Öffentlichkeitsarbeit nötig, die beim Bürger Interesse für das Thema „Sicherheit und Ordnung“ wecke. Zusätzlich bedürfe es wegen der großen Heterogenität der Gruppe und entsprechenden Konfliktpotenzials der Moderation sowie qualifizierten Partizipationsmanagements.

Die Gremienanalyse macht demnach Folgendes deutlich: Vorstellungen professioneller Präventionsakteure zu der Frage, in welcher Weise bürgerschaftliches Engagement in die kriminalpräventiven Gremien einzubinden sei, sind diffus. In den Sicherheitskooperationen finden sich institutionell organisierte Zivilakteure; ihr Beitrag – thematisch zwar begrenzt – ist dort, wo er zum Tragen kommt, unzweifelhaft und für die Zusammenarbeit förderlich. Im Gegensatz dazu ist die Einbindung des „funktionsloser Bürger“ bisher marginal, sie wird in praktischer Hinsicht von den etablierten institutionellen Mitgliedern der lokalen Präventionsbündnisse eher kritisch gesehen und erscheint ihnen ohne ein qualitativ hochwertiges Partizipationsmanagement nicht leistbar.

## Fortentwicklungen in anderen Politikfeldern

Soll nun die Sicherheitsarchitektur im Hinblick auf mehr bürgerschaftliche Beteiligung fortentwickelt werden, so lohnt der Blick in andere Politikfelder, die mit zunehmendem öffentlichen Bewusstsein für die zentrale Bedeutung des freiwilligen Engagements ihrerseits Erkenntnisse zur Ein-

bindung ehrenamtlich und freiwillig Engagierter gewonnen haben (vgl. zweiter Freiwilligensurvey 2004<sup>9</sup>: „Bereits 36% der Bevölkerung über 14 Jahre sind bürgerschaftlich engagiert“). Erkannten Wissenslücken über die das Engagement fördernden Rahmenbedingungen versucht das Projekt „Bürgerschaftliches Engagement und Management“<sup>10</sup> mit neuen Untersuchungsergebnissen abzuhefen.

Die Untersuchung zeigt die überragende Bedeutung gemeinnütziger Vereine, Verbände und Initiativen „bei der Mobilisierung und Bindung bürgerschaftlich Engagierter. Diese Organisationen werden einem eigenständigen, gesellschaftlichen Bereich zugeordnet, der in Abgrenzung zu den Konkurrenzsektoren „Staat“ und „Markt“ auch als „Dritter Sektor“ bezeichnet wird. Sie arbeiten nicht in erster Linie gewinnorientiert, sind formal strukturiert und organisatorisch unabhängig vom Staat, die Mitgliedschaft in den Organisationen beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit“.<sup>11</sup> Sein Organisationspektrum ist weit gefächert und reicht von der Freiwilligen Feuerwehr über Wohlfahrtsverbände bis zu Vereinen im Bereich Kultur, Freizeit und Sport.

Würden Unternehmen des 3. Sektors ihre Themenpalette erweitern und sich zumindest mittelbar auch mit kriminalpolitischen Themenstellungen in die Netzwerke einbringen, so böten sie eine unterstützende Infrastruktur für den an Freiwilligenarbeit oder Ehrenamt interessierten Einzelnen.

Institutionen in diesem Sektor käme die Aufgabe zu, die Heterogenität ihrer einzelnen Mitglieder – der engagierten Bürger – qualitativ hochwertig zu moderieren und gebündelt sowie zielgerichtet in den Prozess zur Gestaltung öffentlicher Sicherheit im kommunalen Raum mit einzubringen. Der ehemals „funktionslose Bürger“ – in den Gremienstrukturen bisher faktisch ohne Bedeutung – erhalte verstärkt über die institutionelle Einbindung Sitz und Stimme, auf Augenhöhe mit den etablierten Gremienmitgliedern.

## Die Frage der Zielgruppen zur Mobilisierung von Bürgerengagement

Welche Zielgruppe bietet sich nun für einen Mobilisierungsversuch Ehrenamtlicher im Feld kommunaler Sicherheit an?

Der Freiwilligensurvey Bayern<sup>12</sup> hat untersucht, in welchem Alter sich besonders viele Menschen engagieren und kommt zu dem Ergebnis, „dass wir im Alter zwischen 35 und 54 Jahren die höchste Engagementquote vorfinden. Mit 44% sind die Engagierten zwischen 35 und 44 Jahren Spitzenreiter, dicht gefolgt von den 45- bis 54-Jährigen (42%). Trotz der bereits hohen Zahl an freiwillig Engagierten gibt es noch ein hohes Potenzial, das ‚bestimmt‘ oder ‚eventuell‘ bereit wäre, sich zu engagieren“. Aber auch in der Gruppe der 14- bis 24-Jährigen in Schule, Ausbildung und Studium liegt der Anteil derjenigen, die weder bereits engagiert sind noch sich ein Engagement vorstellen können, bei nur 14%. Hier gelte es der Untersuchung zufolge „Angebote zu machen, die auf die Lebenssituationen zugeschnitten sind, um dieses Potenzial zu aktivieren.“

Der Aufruf findet Unterstützung durch Erfahrungen, die im Bericht einer Enquetekommission in NRW<sup>13</sup> niedergeschrieben sind: „Das freiwillige Engagement junger Menschen ist eines der idealsten Lernfelder: Es werden personale, soziale, kulturelle Kompetenzen erworben, die sich sowohl in Bezug auf die individuelle Entwicklung wie auf die Weiterführung des Gemeinwesens positiv entfalten.“<sup>14</sup> Das Erlernen von Organisations-, Gremiums- und Leitungskompetenz geschieht aus einem sehr unmittelbaren Motiv: aus Spaß, aus Freude. Die unmittelbare Wirkung des Engagements und die konkrete praktische Umsetzung stehen den eher theoretischen Lernerfahrungen des formalen Lernens in der Schule gegenüber. Neben Zivil- und Freiwilligendiensten ist das freiwillige Engagement Jugendlicher offenbar der Ort für Berufswegeentscheidungen – vor allem für Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitsberufe. Insbesondere junge Menschen aus Familien mit höherem Bildungsniveau sind engagiert, Kinder aus sozial benachteiligten oder auch Migrantenfamilien sind eher unterrepräsentiert. Die Förderung der Integration gesellschaftlicher Minderheiten in dieses produktive und selbstbestimmte Lernfeld ist mit Sicherheit eine gesellschaftliche Investition mit hohem Nutzen.“

Die Studie „Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen – Bürgerschaftliches Engagement und Management“ hat auf der Suche nach den Rahmenbedingungen, die ehren-

amtliches Engagement fördern, erstmals die Leitungsebene gemeinnütziger Organisationen systematisch untersucht. Bedeutungsvoll im Sinne einer Übertragbarkeit der Ergebnisse sind die Antworten hauptamtlicher und ehrenamtlicher Führungskräfte auf die Frage nach den Zielen, die ihre Organisationen prägen. Danach geht es primär darum, „Anwalt für bestimmte benachteiligte gesellschaftliche Gruppen zu sein (45,5%) bzw. qualitativ hochwertige Arbeit (37,5%) zu leisten“.<sup>15</sup> Weitere zentrale Ergebnisse sind:<sup>16</sup>

Die wichtigsten Motive: der Einsatz für andere/eine Tätigkeit auszuüben, die Spaß macht/Teil einer Gemeinschaft mit gemeinsamem Anliegen zu sein; charakteristisch für die Einstiegs motivation sind eine spezifische Verbindung zwischen sozial motiviertem Verantwortungsbewusstsein und die Freude an der Tätigkeit.

Kompetenz: In Studium und Ausbildung erworbene Qualifikationen werden von den Befragten als wichtig für eine qualifizierte Mitarbeit in einer gemeinnützigen Organisation erachtet. Sie sehen darüber hinaus aber besonderen Weiterbildungsbedarf in den Bereichen Organisation und Öffentlichkeitsarbeit, Freiwilligenmanagement, Projektmanagement, Finanzen.

Innerorganisatorisch werden Reibungsflächen in der unterschiedlichen Beurteilung von Sachfragen gesehen sowie bei Koordinations- und Kommunikationsproblemen. Zum Anforderungsprofil von Führungskräften gehören demnach Koordinations- und Kommunikationsfähigkeit.

Neue Herausforderungen: Als größte Zukunftsprobleme werden von Seiten hauptamtlich tätiger Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen das Erschließen von Finanzquellen und eine wachsende Bürokratisierung gesehen, die Ehrenamtlichen sehen an erster Stelle die Mobilisierung freiwillig Engagierter als Problem.

Im Ergebnis mangelt es demnach in der Bevölkerung nicht an der Bereitschaft zu ehrenamtlichem, gemeinnützigem Engagement. Allerdings kommt eine Studie der Universität Würzburg<sup>17</sup> zum ehrenamtlichen Engagement von Jugendlichen zu dem Ergebnis, „dass die Art des Engagements den Unterschied macht. Nicht jeder Jugendliche hat das Gefühl, einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Jugendliche erleben ihr Engagement vor allem dann als sinnstiftend, wenn sie Menschen un-

mittelbar helfen können. Dies vermittelt ihnen das Gefühl, sich aktiv zum Wohle anderer einzusetzen und etwas durch ihr Handeln verändern zu können. Daher ist es besonders wichtig für karitative Institutionen, Jugendlichen wichtige Erfahrungen des aktiven Helfens zu ermöglichen.“ Dieser Anspruch ist nicht auf die Gruppe Jugendlicher beschränkt.

Wollen Akteure in der etablierten kommunalen Kriminalprävention also ihre eigenen Erwartungen auf mehr zivilgesellschaftliche Beteiligung in den Präventionsgremien realisiert sehen, so muss es ihnen darum gehen, die Wünsche Engagierter nach sinnstiftender Arbeit im Blick zu haben; bezogen auf die thematische Ausrichtung sind mögliche Schnittmengen zwischen eigenen kriminalpräventiven und sozialpräventiven Arbeitsschwerpunkten zivilgesellschaftlicher Organisationen auszuloten. Diese Anforderungen erscheinen realisierbar, weil das Selbstverständnis gesamtgesellschaftlich ausgerichteter Kriminalprävention auf kommunaler Ebene gerade darauf abzielt, Synergieeffekte aus dem Miteinander kriminal- und sozialpolitischer Zielvorstellungen zu erlangen.

## Bedingungsfaktoren zivilgesellschaftlichen Engagements

In der praktischen Umsetzung wird es darauf ankommen, bereits vorliegende Erkenntnisse zu den Bedingungsfaktoren zivilgesellschaftlichen Engagements zu nutzen, um im Strukturgefüge präventiver Gremien den Freiwilligen eine Chance auf gleichberechtigte Beteiligung und Einflussnahme zu eröffnen. Strukturell förderliche Kriterien, die den Organisationserfolg im 3. Sektor zu sichern helfen, können hier den Weg weisen.

Es ist zu berücksichtigen, dass die zum Engagement Motivierten sich insbesondere aus gesellschaftlichen Schichten mit höherem Bildungsniveau rekrutieren und dass sie im Rahmen ihres Engagements Freude an der Tätigkeit erwarten, gepaart mit einem Anspruch auf Qualität. Bürgerschaftliches Engagement reduziert sich keineswegs auf unterstützende Tätigkeiten, die abgeleitet sind aus der Leitungsverantwortung staatlicher Stellen, sondern findet sich gleichwohl in gemeinnützigen Organisationen mit hohem Organisationsgrad in ehrenamtlicher Leitungsfunktion bei Personen mit Managementenerfahrung.

In konzeptioneller Hinsicht verpflichtet insbesondere der Anspruch ehrenamtlicher Führungskräfte auf qualitativ hochwertige Arbeit die etablierten Präventionsstellen zu einer noch stärker konzeptionell fundierten Arbeit.<sup>18</sup> Erforderlich ist eine analysegeleitete Kriminalprävention, die Handlungsbedarf aus aussagekräftigem Datenmaterial sowie gesicherten kriminologischen Theorien ableitet. Dies schafft die Basis für eine Gesamtstrategie, die staatliche und zivilgesellschaftliche Teilziele gleichrangig integrieren kann, notwendige Kooperationsbedarfe aufzeigt und geeignete Zusammenarbeitsformen zu ermitteln hilft.

Bürgerbeteiligung bereits im Gründungsverständnis zu verankern heißt außerdem, in bürgernaher Weise und mit überzeugenden, auf die Erlebniswelten zugeschnittenen Botschaften in der Öffentlichkeit für Beteiligung zu werben.

Um im Späteren die Qualität der Zusammenarbeit zu sichern, bedarf es einer Ressourcenanalyse bei den Ehrenamtlichen, die den Faktor zeitliche Verfügbarkeit sowie Fakten- und Prozesswissen erhebt und das Bedürfnis nach Weiterbildung einkalkuliert.

Der Erfolg gemeinsamen Handelns ist abhängig von einer Kultur der Wertschätzung sowohl für Funktionsträger in gemeinnützigen Organisationen als auch für alle anderen Freiwilli-

gen und von deren Zufriedenheit im System. Der Zufriedenheitsgrad ist deshalb kontinuierlich zu erheben.

Durch die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und durch eine mögliche Erweiterung der Themenpalette steigt die Komplexität von Gremienstrukturen. Der dadurch erhöhte Koordinierungsaufwand ist nicht voraussetzungslos und quasi nebenher zu leisten; insofern ist auch das Anerkenntnis aufbauorganisatorischer Erfordernisse zu den Merkmalen der von Verena Schreiber<sup>19</sup> postulierten „Bürgerbeteiligung im Gründungsverständnis“ zu zählen.

Inwiefern die Einrichtung eines Fördervereins zur Mittelbeschaffung für gemeinnützig geprägte Tätigkeiten hilfreich ist, bedarf der Prüfung.

## Anleitungen zur Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Gemäß der Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages 2008<sup>20</sup> sind die Vorstellungen der etablierten Präventionsakteure darüber, welche Formen von Bürgerbeteiligung sich für die Zusammenarbeit anbieten, mangels praktischer Erfahrung noch eher diffus. Hier sei deshalb auf den vorliegenden Entwurf eines Handbuchs<sup>21</sup> verwiesen, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) herausgegeben wird, um zukünftig die Bürgerbe-

teiligung bei Großprojekten im Verkehrsbereich zu verbessern. Darin sollen wie in einem Werkzeugkasten Verantwortliche im Bereich konkreter Planungsverfahren einen Katalog kurzfristig anwendbarer praktischer Maßnahmen finden, um Bürgerbeteiligung frühzeitig und umfassend sicherstellen zu können. Die in dem Handbuch zur Auswahl gestellten Instrumente der Bürgerbeteiligung – z. B. Internetinformation, Bürgerversammlung oder Runder Tisch – vermitteln einen Eindruck von Möglichkeiten, die je nach Einzelfall und Situation auch auf Initiativen kriminalpräventiver Gremien übertragbar erscheinen.

Im Sinne einer Lernenden Kultur darf man auch auf die Erfahrungen gespannt sein, die aus dem Projektaufruf „Bürgerbeteiligung“ des BMVBS<sup>22</sup> erwachsen werden. Weil bei Stadtentwicklungsprojekten Verbesserungsbedarf in der Beteiligungspraxis erkannt wurde, erproben 15 Kommunen verschiedener Größenordnung in Pilotprojekten, die Ende 2011 an den Start gegangen sind, innovative und vielversprechende Wege der Bürgerbeteiligung.

*Die Autorin Astrid Fuhrmann ist Kriminaldirektorin und arbeitet seit Anfang 2011 in der Geschäftsstelle des DFK, Kontakt:*

[astrid.fuhrmann@bmi.bund.de](mailto:astrid.fuhrmann@bmi.bund.de)

<sup>1</sup> Drucksache 15/5175 vom 22. 3. 2005.

<sup>2</sup> Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt „Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie“, AGZG, Heinrich Hartmann, Diskussionspapier Nr. SP IV 2004-505 ISSN 1612-1643.

<sup>3</sup> „Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention – Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit“, Internetdokumentation des Dt. Präventionstages, Hannover 2008, [www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/276](http://www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/276), S. 8.

<sup>4</sup> S. Fußnote 3, Seiten 13, 14.

<sup>5</sup> S. Fußnote 3, S. 15 sowie „Aktuelle Bestandsaufnahme von Projekten zur Kriminalprävention – Erste Ergebnisse einer Befragung der Kommunen in NRW“, Brand, Thomas, Astrid Fuhrmann & Michael Walter, Düsseldorf, 2003.

<sup>6</sup> „Handlungsfelder kooperativer Sicherheit – Empirische Ergebnisse und praktische Schlussfolgerungen“, Nils Voelzke, Westf. Wilhelms-Universität Münster, i. R. „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt (KoSiPol)“, 12/2011.

<sup>7</sup> S. Fußnote 3, S. 15.

<sup>8</sup> S. Fußnote 3, S. 21.

<sup>9</sup> „Zweiter Freiwilligensurvey 2004 – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement“, TNS Infratest i. Auftrag des BMFSFJ.

<sup>10</sup> „Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen – Bürgerschaftliches Engagement und Management“, Herausgeber: Projekt Bürgerschaftliches Engagement & Management/Westfälische Wilhelms-Universität, Institut für Politikwissenschaft und Universität Dortmund, Forschungsverbund DJI.

<sup>11</sup> S. Fußnote 10, S. 5.

<sup>12</sup> „Freiwilligen Survey Bayern – Ergebnisse und Trends“, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen, 2009.

<sup>13</sup> „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“, Bericht der Enquete-Kommission im Auftrag des Landtags NRW, 2008, Teil A: Bestandsaufnahme und Rahmenbedingungen, Nr. 2.3.5 Ehrenamtliches Engagement als Lernfeld mit gesellschaftlichem Nutzen.

<sup>14</sup> Im Rahmen des Forschungsprojekts „Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements“ wurde von 2003 bis 2007 in Kooperation des For-

schungsverbands der Techn. Universität Dortmund und des DJI in München eine empirische Studie zu den Lernpotenzialen des freiwilligen Engagements durchgeführt.

<sup>15</sup> S. Fußnote 10.

<sup>16</sup> S. Fußnote 10, Nr. 9, S. 69–71.

<sup>17</sup> Pressemitteilung Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl „Empirische Bildungsforschung“ vom 1. 12. 2011, Prof. Dr. Heinz Reinders, Bundesweite Studie zur gemeinnützigen Tätigkeit Heranwachsender.

<sup>18</sup> 17. DPT, Vortrag „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt – KoSiPol“, Prof. Dr. Bernhard Frevel, FHSöV Münster, 16. 4. 2012.

<sup>19</sup> S. Fußnote 4.

<sup>20</sup> S. Fußnote 8.

<sup>21</sup> Pressemitteilung Nr. 51/2012 des BMVBS vom 28. 3. 2012, Nationale Stadtentwicklungspolitik – Bürgerbeteiligung bei Großprojekten verbessern.

<sup>22</sup> BMVBS – [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de), Projektaufruf „Bürgerbeteiligung“, Projektpartner: Bund, Länder, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund.